

Tübingen, 9. Oktober 2020

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Widmann-Mauz, MdB,

wir fünf Pfarrer*innen aus dem Kreis Tübingen wenden uns heute gemeinsam mit dem Tübinger FAIRstrickt-Netzwerk (u.a. Weltladen Tübingen, Fairtrade-Stadt Tübingen, Werkstadthaus, COLIBRI – Beiträge für eine menschenwürdigere Welt e.V., EPIZ Reutlingen) an Sie mit der Bitte um Unterstützung beim **Lieferkettengesetz**.

Wir möchten Sie herzlich bitten, einen **Brief an Ihren Parteifreund, Wirtschaftsminister Peter Altmaier**, zu schreiben und ihn darin bitten, beim Thema Lieferkettengesetz mehr auf seine christlich-ethischen Überzeugungen – und auch auf die Argumente zahlreicher Parteifreunde – als auf die Wirtschaftsverbände zu hören. Mittlerweile unterstützen **drei Viertel der Bevölkerung** die Forderung nach einem wirksamen Lieferkettengesetz.¹ **233 Bischöfe aus 43 Ländern** haben die Erklärung „Sorgfaltspflichten für globale Lieferketten“ unterschrieben.²

Auch das Tübinger **Difäm** (Dr. Gisela Schneider) sowie die **Katholische Gesamtkirchengemeinde Tübingen** unterstützen diese Forderungen.

Ein Lieferkettengesetz soll deutsche Unternehmen u.a. verpflichten, aktiv darauf hinzuarbeiten, dass in ihren weltweiten Lieferketten

- keine Zwangsarbeit und keine ausbeuterische Kinderarbeit geschehen. Weil Kinderarbeit etwa auf Kakaoplantagen der Elfenbeinküste noch häufig anzutreffen ist, muss die Lieferkette vollständig, also bis zur Rohstoffgewinnung, erfasst sein,
- sichere Arbeitsbedingungen, auskömmliche Löhne und Gewerkschaftsfreiheit garantiert werden,
- die Umwelt und die Gesundheit der Arbeiter*innen geschützt werden.
- Das Gesetz soll einen anonymen Beschwerdemechanismus (per Internet) für Arbeiter*innen vorsehen sowie (zivile) Klagewege für Betroffene in Deutschland ermöglichen bzw. erleichtern.

Dass eine gute gesetzliche Grundlage in Deutschland derzeit fehlt, hat **der Fall KiK/Ali Enterprises** deutlich gemacht. Das Landgericht Dortmund hatte im Januar 2019 die Klage von vier Überlebenden und Hinterbliebenen des Fabrikbrandes vom 11.9.2012 mit 258 Toten gegen den Textildiscounter KiK aus formalen Gründen abgewiesen. KiK hatte seinen pakistanischen Zulieferer Ali Enterprises über mindestens 5 Jahre zu 70 % ausgelastet und so faktisch beherrscht.

¹ <https://lieferkettengesetz.de/2020/09/16/repraesentative-umfrage-ueberwaeltigende-mehrheit-der-bevoelkerung-will-lieferkettengesetz/>

² <https://www.fr.de/wirtschaft/230-katholische-bischoefe-fordern-lieferkettengesetz-90054869.html>

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat mehrfach betont, dass das Gesetz kein „Papiertiger“ sein darf, es also neben der zivilrechtlichen Haftung und der Abdeckung der gesamten Lieferkette auch für mittelständische Unternehmen mit wenigstens 500 Mitarbeiter*innen gelten muss – und nicht erst ab 5000 Beschäftigten (das wären bundesweit nur wenige hundert Unternehmen), wie Minister Peter Altmaier und Wirtschaftsverbände fordern. Übrigens haben sich längst auch **viele große Unternehmen** wie Rewe, Tchibo, Ritter Sport, Nestlé Deutschland, Hapag-Lloyd und Primark für ein Lieferkettengesetz ausgesprochen – nicht zuletzt aus Wettbewerbsgründen, damit also nicht Firmen mit niedrigen Sozial- und Öko-Standards auch noch durch höhere Renditen ‚belohnt‘ werden. Das sieht auch **VAUDE-Geschäftsführerin Antje von Dewitz** so. Sie ist überzeugt, dass Firmen Transparenz in ihren Lieferketten herstellen können – wenn sie es denn wollen. Deutsche Autobauer oder Medizintechnik-Hersteller sind übrigens längst in der Lage, die *Qualität* von Teilen in der gesamten Lieferkette akribisch zu kontrollieren. Bringt ein Zulieferer die verlangten Qualitätsstandards nicht, fliegt er raus. Warum sollte diese Kontrolle nicht auch beim Thema Arbeitsbedingungen und Sicherheitsstandards funktionieren?

Menschenwürdige Arbeit, Schutz der Umwelt und ein Lohn, der zum Leben reicht – diese Forderungen werden von beiden großen Kirchen in Deutschland geteilt, deren Hilfswerke **Misereor** und **Brot für die Welt** von Anfang an bei der Kampagne für ein Lieferkettengesetz dabei sind.

Papst Franziskus schrieb 2015 in der Enzyklika „Laudato si – Über die Sorge für das gemeinsame Haus“: *„Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder, und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken.“* Im Folgenden zitiert Franziskus aus der Weihnachtsbotschaft argentinischer Bischöfe von 2009: *„Wir stellen fest, dass es häufig multinationale Unternehmen sind, die so handeln und hier tun, was ihnen in den entwickelten Ländern bzw. in der sogenannten Ersten Welt nicht erlaubt ist.“*³

Der **evangelische Landesbischof von Baden, Jochen Cornelius-Bundschuh**, sagte am 2. Mai 2019 bei einer Podiumsdiskussion im Weltethos Institut Tübingen zum Thema Lieferkettengesetz: *„Wenn ich die Leute, ich sag jetzt mal ein bisschen zugespitzt, einsperre, sie 12 Stunden arbeiten lasse und sie nicht früher rauslasse, dann sind das Bedingungen, die eigentlich nicht mehr akzeptabel sind. Eigentlich sind das die illegalen Bedingungen. Das müssen wir deutlich machen über eine bestimmte Rechtssetzung und auch die Durchsetzung von einem allgemeinen Recht. Und wenn europäische oder deutsche Firmen, die diese Waren importieren, sagen: ‚Das hat mit uns nichts zu tun. Wir kaufen halt genähte Kleidung. Punkt.‘ – dann ist das eben aus meiner Sicht zu wenig. Die freiwilligen Versuche – etwa das Textilbündnis, das Entwicklungsminister Müller 2014 angestoßen hat – haben dazu geführt, dass es ein paar Impulse gab. Aber es ist doch sehr deutlich geworden, dass das eben nicht wirklich langfristig greift.“*

Die Forderung nach einem wirksamen Lieferkettengesetz entspricht im Übrigen nicht nur dem Koalitionsvertrag, sondern auch dem **CDU-Parteiprogramm**. Im Beschluss Nr. C 29 „Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen“, mit großer Mehrheit verabschiedet auf dem 32. CDU-Bundesparteitag am 22./23.11.2019 in Leipzig, heißt es: *„Umwelt- und Naturschutz sind globale Aufgaben, sie machen nicht an Staatsgrenzen halt.“*

³ <https://dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/enzyklika-laudato-si-von-papst-franziskus-veroeffentlicht/detail/>

Menschenrechte sind unteilbar, sie gelten für alle. Unternehmen tragen auch große Verantwortung. Das gilt in gleicher Weise für öffentliche Beschaffung. Freiwillige Selbstverpflichtungen erreichen oft nicht die Breitenwirkung und den Grad an Verbindlichkeit, die notwendig sind, um zu nachhaltigen Veränderungen zu kommen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen des Monitoring, gesetzliche Regelungen für die Wertschöpfungskette zu entwickeln. Der Kreis der einzubeziehenden Unternehmen muss dabei alle relevanten Akteure und Sanktionen enthalten.“⁴

Die **Frauen Union in der CDU** hat sich bereits für ein Lieferkettengesetz ausgesprochen⁵ – und auch die **Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**, wie deren Vorsitzender Uwe Schummer erklärt: *„Sorgfaltspflicht‘ statt ‚Selbstverpflichtung‘ ist der richtige Weg. Wir brauchen jetzt ein Lieferkettengesetz. Nationaler Wohlstand und globale Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Das betrifft auch die Bedingungen, unter denen Produkte für den deutschen Markt weltweit hergestellt werden. Wir wollen unser Konzept der Sozialen Marktwirtschaft global weiterentwickeln. Wirtschaft geht nicht gegen grundlegende Menschenrechte.“⁶*

Deutschland hat *jetzt* die Chance, als starke Wirtschaftsmacht mit einem starken Lieferkettengesetz beispielhaft voranzugehen – und kann im Rahmen der **deutschen EU-Ratspräsidentschaft** auch ein klares Signal für eine Regelung auf EU-Ebene setzen.

Nicht zuletzt ist der Schutz von Menschen- und Arbeitsrechten sowie der Umwelt in den globalen Lieferketten ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern des globalen Südens, die der Klimawandel schon heute schwer trifft. Beides, die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven wie auch die klimabedingten Katastrophen, veranlassen immer mehr Menschen in Entwicklungsländern dazu, ihre Heimat zu verlassen und in den reicheren Norden zu ziehen. In Deutschland herrscht breiter Konsens, dass **Fluchtursachen aktiv bekämpft** werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Schröder, evangelische Pfarrerin Tübingen, Klinikseelsorge

Christoph Wiborg, evangelischer Pfarrer Tübingen

Harry Waßmann, evangelischer Pfarrer i.R. Tübingen

Michael Seibt, evangelischer Pfarrer Tübingen

Pfarrer Wolfgang Herrmann, Betriebsseelsorger in der Diözese Rottenburg-Stuttgart

⁴https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/leipzig2019/32_parteitag_2019_sonstige_beschluesse_2.pdf?file=1

⁵ <https://www.frauenunion.de/artikel/menschenrechte-und-umwelt-lieferketten>

⁶ <https://www.cda-bund.de/aktuelles/cdu-arbeitnehmer-fuer-lieferkettengesetz/>

Für das FAIRstrickt-Netzwerk Tübingen:

Gertrud van Ackern

Hanna Smitmans

Winfried Brugger

Misuk Choi

Johannes Lauterbach

Marie-Kristin Rinas

Gabi Kaiser

Volker Rekitke

Mehr Informationen zum Lieferkettengesetz:

- „Vernissage mit Kind“: <https://www.youtube.com/watch?v=0cFp9m9PDk4&t=37s>
- <https://lieferkettengesetz.de/>